

Gemeinsame Salvador-Politik möglich?  
 =====

- Worin wir übereinstimmen -

Dr. Ottfried Hennig, MdB

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses  
 des Deutschen Bundestages

(DUD) Bonn, 17. März 1981

In der Bundesrepublik Deutschland wird es ruhiger um El Salvador, und das ist auch gut so. Die sterile Aufgeregtheit selbsternannter Pseudexperten, die eins gemeinsam haben, nämlich, daß sie noch nie in diesem Land gewesen sind, weicht einer nüchternen Betrachtungsweise. Vielleicht ist der Zeitpunkt gekommen, einmal die Punkte zusammenzufassen, in denen zwischen den wirklichen Sachkennern von Bundesregierung, Koalition und Opposition kein Streit herrscht, und daraus Konsequenzen abzuleiten.

Unstrittig ist:

- Ursache vieler Spannungen in Lateinamerika und ganz gewiß in El Salvador sind die äußerst ungerechten sozialen Verhältnisse, die skandalöse Diskrepanz zwischen wenigen Reichen und ungezählten Armen und die Unfähigkeit vieler Regierungen zu durchgreifenden sozialen Reformen. Diese Konflikte sind weder durch United-Fruit- noch durch Hegemonialpolitik zu entschärfen. Diese explosive Situation wird von kommunistischen Ländern ausgenutzt, die sich in die inneren Angelegenheiten von El Salvador einmischen.
- Daraus folgt, daß rasche Reformen lebensnotwendig sind. Sie dürfen sich nicht an der Oberfläche bewegen, sondern müssen die Strukturen des Landes tiefgehend verändern. An die Stelle einer Oligarchie darf nicht ein ausbeutender Staat gesetzt werden, sondern die soziale Wirklichkeit des einfachen Menschen muß zum Besseren gewandelt werden.
- Frieden und Menschenrechte müssen zuallererst sichergestellt werden. Wer sie verletzt, ist ein Feind des Volkes.
- Die El Salvador benachbarten Staaten sollten sich aus dem Konflikt heraushalten. Das gilt auch für Guatemala.
- Militärisch ist der Konflikt für die Guerilla nicht mehr zu gewinnen. Diese (späte) Erkenntnis von Peter Glotz (Rheinischer Merkur 6. März 1982) und Karsten Voigt (Nord-West-Zeitung 21. Februar 1981) legt der SPD eine besonders hohe Verantwortung auf, weil der Vorsitzende ihrer dortigen Schwesterpartei zugleich Vorsitzender der FDR ist.
- Ein Rechtsputsch wäre das Ende aller Hoffnungen. Die Christlichen Demokraten in aller Welt unterstützen Napoleon Duarte,

796120

den Präsidenten der ODCA, und seine politischen Freunde, nicht aber eine Rückkehr zur Oligarchie und/oder eine Militärdiktatur.

- Es hat lange gedauert, bis die SPD durch ihren Bundesgeschäftsführer öffentlich bestätigt hat (Rheinischer Merkur 6. März 1981), daß die Mehrheit der Christlichen Demokraten unter dem jetzigen Präsidenten Napoleon Duarte hinter der Junta steht. Der entsprechende Parteitagsbeschuß, in der Junta zu bleiben, wurde mit 136:6 Stimmen gefaßt.
- Die Vereinigten Staaten sollten jetzt vor allem wirtschaftlich und politisch helfen. Hier liegen derzeit die größten Probleme.
- "In beiden Lagern" (- es gibt deren drei! -) "gibt es nach Auffassung der Bundesregierung demokratische Kräfte. Sie wird im Rahmen ihrer Möglichkeiten alles unternehmen, um diese Gruppen zu einem Dialog zusammenzuführen" (Bulletin 26. Februar 1981). Dieser Dialog scheitert allerdings bisher an Herrn Ungo, der in der leninistisch beherrschten FDR keinen Spielraum mehr zu haben scheint.
- Alle deutschen Parteien und die USA wollen eine politische Lösung. Sie kann nur darin bestehen, sich auf möglichst baldige Wahlen zu einigen, die demokratisch, frei von Druck und von internationalen Beobachtern kontrolliert sein müssen.

Wer diese zehn Punkte akzeptiert und dennoch auf Zeit spielt, macht sich mitschuldig an weiterem Blutvergießen. Die Minister Genscher und Haig haben in Washington dem Satz zugestimmt: "Der Entschluß Präsident Duartes, einen Prozeß in Gang zu setzen, der zu Wahlen und weiteren Reformen führt, die durch soziale Gerechtigkeit politische Stabilität in diesem Lande schaffen, sollte unterstützt werden." Im gemeinsamen Kommuniqué mit dem Außenminister Costa-Ricas, Niehaus Queseda, hat Herr Genscher unterschrieben:

"In El Salvador sollten alle zur Verfügung stehenden politischen und wirtschaftlichen Mittel eingesetzt werden, um die demokratischen Kräfte zu einigen und zu stärken." Die Bundesregierung muß nun die Frage beantworten, was sie konkret tut, um soziale Reformen zu unterstützen und die demokratischen Kräfte zu stärken. Der Bundesaußenminister wird hoffentlich bald Gelegenheit haben, den Auswärtigen Ausschuß vertraulich über die Absichten der Bundesregierung zu informieren.

(76 Zeilen, 60 Anschläge)

+ + +

796121

- 7 -